

6.2 Seminare in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ)

Die enge Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) und der AGAH fand auch im Zeitraum des hier vorliegenden Berichts ihre Fortsetzung. 2000 und 2001 wurden insgesamt zwei Wochenendseminare und elf Fachtagungen vereinbart.

Zur organisatorischen und konzeptionellen Planung der Veranstaltungen trafen sich die zuständige HLZ-Vertreterin und die für die Bildungsarbeit zuständigen AGAH-Mitarbeiter zu mehreren Vorbereitungstreffen.

Folgende Übersicht veranschaulicht die Bildungsangebote in den Jahren 2000 und 2001. Zusätzlich erfolgen einige Anmerkungen zu den Inhalten.

2000

Wochenendseminar mit der HLZ

1. „Integrationsarbeit auf lokaler Ebene“ vom 12. bis 14.05.2000 in Meinhard-Grebendorf

Integration, Integrationsförderung, Integrationsprozess, Integrationspolitik, Integrationsbeirat, Integrationskonzept: Keine ausländerpolitische Diskussion scheint heute ohne diese Wörter vorstellbar.

Doch was ist damit gemeint? Wie werden diese Begriffe inhaltlich „gefüllt“? Wer benutzt sie und will was erreichen?

Diese und ähnliche Fragen spielten eine wichtige Rolle im o. g. Wochenendseminar, zu dem zahlreiche Anmeldungen vorlagen. Insbesondere vor dem Hintergrund des Regierungswechsels in Wiesbaden und einem neu propagierten Ansatz in der Migrationspolitik war ein äußerst aktueller Bezug gegeben, der vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ansporn für ein engagiertes und niveaureiches Mitmachen bot. In intensiver Gruppenarbeit wurden vorhandene Konzepte und Leitgedanken kritisch überprüft und kommentiert. Hieraus erwuchsen eigene Ideen und Vorstellungen für integrationspolitische Maßnahmen und Handlungsfelder. Dabei wurde immer wieder der Bezug zur Arbeit der örtli-

chen Ausländerbeiräte hergestellt und überlegt, welchen Beitrag sie zu einer lokalbezogenen Integrationspolitik leisten können.

Als Fortsetzung des Seminars bildete sich anschließend eine Arbeitsgruppe heraus, die - vgl. Kapitel 2.4.3 - einen wichtigen Beitrag zur Stellungnahme der AGAH zum Integrationskonzept der Landesregierung leistete.

Tagungen mit der HLZ:

1. „Bildungschancen und Zukunft des muttersprachlichen Unterrichts“ am 26.02.2000 in Darmstadt

Ein schulpolitisches Thema bildete den Schwerpunkt der Zusammenkunft im Rahmen der ersten Tagesveranstaltung in 2000. Zum einen stand die Analyse von (schulischen) Bildungs- und Lernchancen im Mittelpunkt des Interesses, zum anderen wurde der Frage nachgegangen, wie es um die Zukunft des Unterrichts in den Herkunftssprachen (Muttersprachlicher Unterricht) bestellt ist.

Mit kompetenten Referenten und engagierten Anwesenden wurde die aktuelle Situation beleuchtet und analysiert. Selbstkritisch stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Reformbedarf fest und sahen die derzeitige Praxis des Unterrichts in den Herkunftssprachen durchaus kritisch. Hinsichtlich des Bildungssystems und seinen Zugangsmöglichkeiten für Migranten wurden Verbesserungen eingefordert. Interessant entwickelte sich die abschließende Diskussion zur Frage, welche Bedeutung die schulische Bildung in den Augen der Eltern von Migrantenkindern habe. Unterschiedliche Meinungen ließen den Seminartag lebhaft ausklingen.

2. „Staatsangehörigkeitsrecht“ am 18.03.2000 in Steinbach/Ts.

Als dringend zur Teilnahme empfohlen wurde die Tagung zum Staatsangehörigkeitsrecht eingestuft und so wunderte es kaum, dass 25 Personen nach Steinbach/Ts. kamen.

Nur sehr wenige Gesetzesvorhaben der damals noch recht neuen Bundesregierung wurden so vehement und kontrovers diskutiert, wie die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Letztendlich fanden die Reformvorstellungen der Bundesregierung im Bundesrat jedoch Zustim-

mung, sodass seit dem 01.01.2000 die neuen gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Diese zu erörtern, vorzustellen und kritisch zu hinterfragen war Hauptziel der Zusammenkunft. Angesichts einer Vielzahl neuer Regelungen nahmen Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen breiten Raum ein. Anhand von konkreten Fallbeispielen gelang es dem Referenten, Unklarheiten zu beseitigen.

3. „Methodisches Arbeiten im Ausländerbeirat und Öffentlichkeitsarbeit“ am 20.05.2000 in Gießen

An dieser Tagung wurde deutlich, wohin die Reduzierung von Geldmitteln in der Bildungsarbeit führen kann: Zwei anspruchsvolle Themen, die früher Grundlage für eigenständige Seminare waren, mussten thematisch zusammengefügt werden. Im Verlauf der Tagung kristallisierte sich der Aspekt „Öffentlichkeitsarbeit“ jedoch als Schwerpunkt heraus, was von den zahlreichen Anwesenden in dieser Form auch gewünscht wurde. Mittels einer Vielzahl von Beispielen aus der alltäglichen Praxis der Ausländerbeiräte und seiner Mitglieder konnte die Referentin erste Grundzüge einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit skizzieren, die von den Anwesenden dankbar aufgenommen wurden.



4. „Aktuelle Änderungen im Kommunalrecht“ am 26.08.2000 in Neu-Anspach

Ein „klassisches“ Seminar fand am 26.08.2000 in Neu-Anspach statt. Vor dem Hintergrund vieler und bedeutsamer Änderungen im Kommunalrecht, die auch die Ausländerbeiräte und ihre Wahl tangierten, bot die

Fachtagung Raum für detaillierte Information. Wahlrechtsänderungen, die erstmals bei der Kommunalwahl am 18.03.2001 griffen, mussten transparent und verständlich gemacht werden.

Der Inhalt des „Gesetzes zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung“ (am 21.12.1999 vom Hessischen Landtag beschlossen) entpuppte sich als kompliziertes Regelwerk. Gut ein Jahr vor den landesweiten Ausländerbeiratswahlen konnte jedoch nicht früh genug mit einer inhaltlichen Annäherung an die ungewohnten Normierungen (Stichwort kumulieren-panaschieren) begonnen werden. Anhand von Grafiken und Schaubildern wurden beispielsweise auch Möglichkeiten der Stimmzettelkennzeichnung „geübt“.

5. „Ausländerbeiratswahlen 2001“ am 18.11.2000 in Mühlheim/Main

Knapp ein Jahr vor den Ausländerbeiratswahlen in Hessen und anknüpfend an das Seminar in Neu-Anspach trafen sich 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Mühlheim/Main, um über die anstehende Wahl zu reflektieren. Sie schien eine große Herausforderung darzustellen, da neben den bekannten Schwierigkeiten nunmehr neue gesetzliche Bestimmungen zu beachten waren.

Neben der Vermittlung wichtiger Wahlrechtsänderungen sowie der zu beachtenden Neufestlegung von Fristen stand auch die wahlbegleitende Informations- und Mobilisierungsarbeit im Vordergrund des Interesses. Daher konnten einige sinnvoll erscheinenden Strategien und Handlungskonzepte zur Motivierung von Kandidaten und Wählern erarbeitet werden.

Nicht zuletzt bot die Veranstaltung aber auch Gelegenheit zum gegenseitigen Informationsaustausch, was einen ganz wichtigen Aspekt der gesamten Bildungsarbeit darstellt.

2001

Wochenendseminar mit der HLZ

1. „Ausländerbeiratswahlen 2001“ vom 09. bis 10.06.2000 in Heidenrod-Springen

Mit der Ausländerbeiratswahl am 4. November 2001 näherte sich für viele aktive Beiratsmitglieder und Wahlberechtigte ein wichtiges Ereignis von besonderer Bedeutung: Den Wählerinnen und Wählern oblag die Entscheidung darüber, wie sich die kommunalen Interessenvertretungen zukünftig zusammensetzen. Neben Aspekten der Kandidatensuche, formaler Voraussetzungen zur Bildung von Wahlvorschlägen, der Berücksichtigung neuer Fristen und Möglichkeiten der Mobilisierung stand auch die Beantwortung von Fragen zum neuen Wahlrecht auf der Tagesordnung. Die hierzu vorbereiteten Broschüren wurden vorgestellt. Ausblicke auf die Zukunft, wie z. B. der Einstieg in die effektive Arbeit im Ausländerbeirat und Perspektiven der Ausländerbeiräte im Hinblick auf politische Einflüsse von außen, d. h. Behandlung der Themen Zuwanderung und Integration, rundeten die Bandbreite der spannenden Wochenendveranstaltung ab.

Tagungen mit der HLZ:

1. „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: Erscheinungsformen und Gegenstrategien“ am 15.09.01 in Frankfurt/M.

Die Erscheinungsformen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind ebenso vielfältig wie der Versuch, Erklärungen und Ursachen für das Auftreten solcher Verhaltensweisen und Strukturen zu benennen. Für die von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Betroffenen sind die Konsequenzen jedoch immer die gleichen: Neben persönlicher physischer und psychischer Verletzung leiden die Opfer nicht selten unter massiven Ängsten, Depressionen und Ohnmachtsgefühlen.

Neben den hier erwähnten Auswirkungen einer meist körperlich erfahrenen Fremdenfeindlichkeit gibt es aber auch subtilere Formen von Ausgrenzung. Was in Gewaltexzessen endet, beginnt in Köpfen und wurzelt nicht selten in einem ideologischen Überbau, der auch von Teilen der gesellschaftlichen und politischen Eliten vorgegeben wird. Eine Reduzierung des „Phänomens“ Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf die Auswirkungen körperlicher Gewaltanwendung greift daher entschieden zu kurz. Notwendig ist eine tiefergehende Betrachtungsweise: Wie sieht der Nährboden aus, auf dem Intoleranz und Gewalt gedeiht? Wer bereitet ihn mit welcher Absicht? Welche Faktoren begünstigen die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit?

In unserer Tagung wurden diese Fragen mit Experten diskutiert und erörtert. Genauso wichtig waren Überlegungen, die auf Abbau und Vermeidung von Rassismus zielen. Gegenstrategien und die Rolle der Ausländerbeiräte und ihrer Mitglieder beim Abbau rechtlicher Diskriminierung wurden rege diskutiert. Den Teilnehmer/innen wurde in einem Exkurs dargestellt, welche Merkmale für eine kommunale Antirassismuspolitik charakteristisch sein können und welche politischen Forderungen damit verbunden wären.

2. „Methodisches Arbeiten im Ausländerbeirat: Grundlagenveranstaltung für Neugewählte“ am 08.12.01 in Rüsselsheim

Im Anschluss an die Ausländerbeiratswahl stand das Angebot einer Grundlagenveranstaltung für neugewählte Beiratsmitglieder.

Wer bisher nicht im Ausländerbeirat als gewähltes Mitglied aktiv war, wird Fragen zum „Innenleben“ dieses Gremiums und seines Zusammenspiels mit anderen kommunalen Organen haben. Die Aufgaben, die dem Gremium und seinen Mitgliedern zufallen, der rechtliche Rahmen und das Geheimnis einer erfolgreichen und gelungenen Arbeit im Ausländerbeirat wurden verdeutlicht. Was ist zu tun, wenn die Verwaltung blockiert, Mitstreiter das Interesse verlieren oder aber das eigene Zeitbudget falsch eingeschätzt wurde? Die kritische Prüfung, was die Interessenvertretung der Nichtdeutschen letztendlich leisten kann, trug dazu bei, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein realistisches Bild der Arbeitsmöglichkeiten „vor Ort“ zu vermitteln.

Zum Zeitpunkt der Tagung hatten sich einerseits noch nicht alle Beiräte konstituiert, andererseits bestand große Nachfrage. Um diese abdecken zu können, wurden für das Folgejahr mehrere Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Themenkomplex vorgesehen.